

Statement des Präsidenten der Bayerischen Baugewerbeverbände

Franz Xaver Peteranderl,

anlässlich der Konjunkturpressekonferenz der

Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern

am Mittwoch, 04. November 2009 in München

Sperrfrist: 04. November 2009, 10.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch ich begrüße Sie zur Konjunkturpressekonferenz der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern.

Gestatten Sie mir nach dem Statement des Sprechers der LVB, Herrn Hans Auracher, zur konjunkturellen Lage im Bau- und Ausbaugewerbe noch einige Worte zu einem Thema, das dem gesamten Bau- und Ausbauhandwerk am Herzen liegt: Ich spreche vom Wohnungsbau.

„Wir wollen die Wohneigentumsquote in Deutschland erhöhen.“ So steht es im gerade zwischen CDU, CSU und FDP unterzeichneten Koalitionsvertrag. Diese Aussage freut uns natürlich. Denn der Wohnungsbau braucht angesichts seines regelrechten Niedergangs in den vergangenen Jahren dringend politische Unterstützung. Umso mehr ist man dann aber enttäuscht, wenn man den Abschnitt zur Wohnungsbaupolitik in der Koalitionsvereinbarung weiter liest.

Wichtige Forderungen, die wir auch im Rahmen der Landesvereinigung immer wieder gestellt haben, fehlen. So wurde die Wiedereinführung der degressiven steuerlichen Abschreibung im Wohnungsbau zwar in der zuständigen Arbeitsgruppe als notwendig angesehen, fand aber keine Aufnahme in den Koalitionsvertrag. Auch das von der CSU zu recht geforderte Baukindergeld war offenbar nicht mehrheitsfähig.

Ein wenig tröstet uns die Ankündigung einer Vereinfachung der Eigenheimrente, des sog. „Wohnriester“. Doch auch hier finden wir in dem Papier noch nichts Konkretes. Hoffnung für den Wohnungsbau weckt, dass die neue Bundesregierung endlich das Mietrecht anpacken will und dort die Hürden für energetische Sanierungen senken will.

Ob dies allein schon ausreicht, um den Wohnungsbau nachhaltig anzukurbeln, darf allerdings bezweifelt werden. Ich verweise hier nur auf den im September vorgestellten 10-Punkte-Forderungskatalog der deutschen Bau- und Immobilienwirtschaft, den Sie im aktuellen Konjunkturlagebericht abgedruckt finden. Er enthält ein sinnvolles und ausgewogenes Paket von wirtschafts- und steuerpolitischen Weichenstellungen für den Wohnungsbau.

Meine Damen und Herren,

wir sollten nicht vergessen: Bayern ist ein attraktives „Einwanderungsland“! Bayerns Einwohnerzahl ist von 1997 – 2007 um 3,8% gewachsen. Die Einwohnerzahl wird mindestens bis 2020 auch weiter wachsen. Das sagen alle aktuellen Studien (Pestel-Institut, empirica).

Allein im Jahr 2007 betrug der so genannte „positive Wanderungssaldo“ fast 40.000 Menschen. Noch stärker als die Bevölkerungszahl wächst die Zahl der Haushalte. Sie ist in Bayern seit 1991 um 17,1% gewachsen.

Das Pestel-Institut hat erst vor wenigen Monaten errechnet, dass – wenn man die demografischen, wirtschaftlichen, energetischen und regionalen Gegebenheiten berücksichtigt – in Bayern bis 2025 realistisch etwa 1,4 Mio. neue Wohnungen benötigt werden. 1,4 Millionen Wohnungen!

Bis zum Jahr 2025 besteht demnach ein jährlicher Neubau- und Anpassungsbedarf in Form von Abriss und Neubau-Bestandersatz von ca. 82.000 Wohnungseinheiten/Jahr. 30.000 werden aber derzeit nur gebaut!

Wir brauchen also viel mehr neue Wohnungen! Nur in wenigen bayerischen Regionen reicht der Bestand an Wohnungen aus. Wenn Bayern den wohnungspolitischen Anforderungen der Zukunft gerecht werden will, dann müssen rasch neue, moderne Wohnungen gebaut werden. Mit Sanierung allein ist diese Aufgabe nicht zu lösen.

Wir brauchen deshalb nicht mehr und nicht weniger als die Schaffung zukunftsfähiger steuerlicher und mietrechtlicher Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau!

Hierfür spricht nicht nur der große Bedarf an neuen Wohnungen. Hierfür sprechen auch die Wünsche der Bevölkerung. Die eigene Immobilie wird der Bevölkerung immer wichtiger, gerade auch unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise.

Aktuelle Umfragen der Forsa (27./28. April 09) und der GfK (Herbst 2008) haben gezeigt, dass das Interesse an Immobilien unter den Deutschen stark zugenommen hat. Die Menschen erkennen immer mehr, dass die eigene Wohnimmobilie den besten Inflationsschutz und die beste Altersvorsorge bietet. Gleichzeitig ist die Mehrheit der Ansicht, dass der Staat Wohneigentum besser fördern muss.

Vor diesem Hintergrund stimmt mich schon bedenklich, dass in der schon erwähnten Koalitionsvereinbarung die jetzige Förderung des Wohnungsbaus der Länder durch den Bund zumindest in Frage gestellt wurde. Das ist sicher nicht der richtige Weg! Wir werden deshalb mit der Politik auch weiterhin das Gespräch suchen, um dem Wohnungsbau schnell neue Impulse zu geben!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!